

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
parlamentsdienste@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

P 237/2002 (Bildung + Kultur)

Postulat Stefan Ruchti, Bettlach (FdP), vom 18.12.2002:

Bessere Rahmenbedingungen für Stellvertretungen auf der Volksschulstufe – Änderung der Vollzugsverordnung zum Lehrerbesoldungsgesetz

Der Regierungsrat wird eingeladen, die Änderung der Vollzugsverordnung und entsprechender Verfügungen zum Lehrerbesoldungsgesetz so vorzunehmen, dass die Besoldungen oder Entschädigungen für Stellvertretungen an den Volksschulen durch Lehrkräfte mit entsprechender Anerkennung (Ausweis) mit den umliegenden Kantonen wiederum konkurrieren können.

Begründung: 18.12.2002 (schriftlich)

Der Stellenmarkt auf der Volksschulstufe ist nach wie vor angespannt, insbesondere im Bereich Einführungs- und Kleinklassen, Sonderschulen und Oberstufe. Die Suche nach Stellvertretungen gestaltet sich demnach ganz allgemein, speziell aber für heilpädagogische Klassen sowie Abteilungen der Oberstufe, trotz intensiver Unterstützung seitens der Abteilung Personelles im AVK, zusehends schwieriger. Bereits gibt es Situationen, in denen keine Stellvertretungen mehr vermittelt werden können.

Während das Umfeld (inkl. Besoldungen) für Stellvertretungen durch Studentinnen und Studenten im Vergleich zu den umliegenden Kantonen als adäquat bezeichnet werden kann, sind die Rahmenbedingungen (inkl. der Zeitdauer von mindestens 20 Wochen) für Lehrkräfte mit entsprechenden Ausweisen klar nicht mehr marktgerecht. Vergleiche zu den umliegenden Kantonen zeigen, dass im Kanton Solothurn der Einsatz von Lehrkräften mit entsprechendem Ausweis stark durch den Umstand erschwert wird, dass die Besoldung – ein zentraler Faktor bei Stellvertretungen – bis zu 50% (!) tiefer für die gleiche Tätigkeit bei sogar noch höherem Pensum ist. Dies führt dazu, dass ausgebildete Lehrkräfte es vorziehen, eher in umliegenden Kantonen Stellvertretungen anzunehmen als im Kanton Solothurn. Auch im Sinne der lancierten Qualitätsbestrebungen muss es ein Anliegen der Regierung sein, dass die Vollzugsverordnung baldmöglichst für diese Personengruppe angepasst wird und dieses Anliegen nicht bis zum Abschluss der allfälligen GAV-Verhandlungen hinausgeschoben wird.

Unterschriften:

1. Stefan Ruchti, 2. Stefan Liechti, 3. Ruedi Nützi, Kurt Henzi, Helen Gianola, Hanspeter Stebler, Roland Frei, Beat Berger, Lorenz Altenbach, Peter Brügger, Marlise Wagner, Irene Froelicher, Kurt Zimmerli, Andreas Schibli, Ernst Zingg, Claude Belart, Beat Käch, Hans Leuenberger, Annekäthi Schluep, Hans Schatzmann, Jürg Liechti, Markus Grütter, Andreas Eng, Hubert Bläsi, Regula Born. (25)

Antwort des Regierungsrats